Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 82 (2011)

Heft: 10: Zeit zu wählen : Parteien und Kandidaten auf dem sozialpolitischen Prüfstand

Artikel: Kommentar von Lionel Ricou zum Kandidaten-Rating von Curaviva Schweiz : zukünftige Parlamentsmitglieder sollen nachdenken über die Anforderungen an die Betreuungsbedürftigkeit alter Menschen

Autor: Ricou, Lionel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-805403

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentar von Lionel Ricou zum Kandidaten-Rating von Curaviva Schweiz

Zukünftige Parlamentsmitglieder sollen nachdenken über die Anforderungen an die Betreuungsbedürftigkeit alter Menschen

Curaviva Schweiz hat unter den Kandidatinnen und Kandidaten für die eidgenössischen Wahlen am 23. Oktober eine Umfrage zu den wichtigsten Herausforderungen durchgeführt, mit denen sich die Alters- und Pflegeheime im Laufe der nächsten Legislaturperiode (2011 bis 2015) konfrontiert sehen. Rund 600 Kandidierende für den Nationalrat und den Ständerat haben geantwortet; das bedeutet: einer von fünf Kandidaten (siehe Seiten 21 bis 23). Wir danken ihnen, dass sie sich für unsere Umfrage Zeit genommen haben.
Mit der Umfrage wollten wir die Parlamentskandidatinnen und -kandidaten vor allem informieren. Und sie dazu auffordern, über die Anforderungen der Betreuungsbedürftigkeit von Menschen im hohen Alter an die Politik nachzudenken. Zudem war es unsere Absicht, ein Rating aufstellen, das die Meinungen der Kandidaten im Vergleich zu den Zielen von Curaviva Schweiz bewertet. Dieses Rating zeigt uns, welche Kandidaten für die Forderungen der Alters- und Pflegeheime empfänglich sind und daher wohl bereit, diese zu unterstützen, wenn der Moment gekommen ist. Und nicht zuletzt wollten wir das Profil des künftigen Parlaments hinsichtlich des Themas Betreuungsbedürftigkeit von Menschen im hohen Alter einschätzen.

«Die Parlamentskandidaten haben eine gute Meinung von den Heimen.»

Lionel Ricou, Leiter des Ressorts Politik im Fachbereich Menschen im Alter bei Curaviva Schweiz

Foto: zvg

Wenig bekannter Heim-Alltag

Wohl oder übel müssen wir feststellen: Die Frauen und Männer, die ins nationale Parlament gewählt werden wollen, kennen den Alltag unserer Institutionen nicht besonders gut. Nur einer von zehn Befragten ist ehrenamtlich in einem Alters- und Pflegeheim tätig oder Mitglied eines Gremiums dieser Institutionen. Das Engagement der Kandidierenden ist also eher schwach, dabei ist unser Bereich stark auf Ehrenamtliche angewiesen.
Manche der Fragen in unserem Rating sind bereits auf der politischen Agenda, andere werden – vor allem aufgrund des demografischen Wandels – dorthin gelangen. Die erste positive Überraschung: Die Parlamentskandidaten sind sich der Herausforderungen, die sich im Bereich der Betreuungsbedürftigkeit von Menschen im Alter stellen, bewusst. Sie setzen sich mit allen erfragten Aspekten auseinander. Wenn auch unterschiedlich stark: Die Umsetzung der Pflegefinanzierung sowie die Gesundheitsprävention und -förderung stossen auf etwas weniger Interesse. Dass diese Themen sehr fachspezifisch sind, erklärt vielleicht das Desinteresse, insbesondere bei den neuen Kandidaten. Positiv überrascht auch, dass sich Kandidaten aller Parteien mit unseren Fragen beschäftigen und realistische Lösungen anstreben. Es ist jedoch festzustellen, dass die Forderungen unseres Bereichs umso stärker unterstützt werden, je weiter links die Kandidaten politisieren. Umgekehrt distanzieren sie sich umso mehr davon, je weiter rechts sie stehen. Das ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass die bürgerlichen Kandidierenden föderalistischer denken und eine «Kantonalisierung» der Unterstützung im Bereich der Betreuungsbedürftigkeit von Betagten vorziehen. Die linken Kandidatinnen und Kandidaten dagegen sind eher zentralistisch ausgerichtet und befürworten eine «Nationalisierung» der Leistungen.

«Mit der Umfrage wollten wir die Kandidatinnen und Kandidaten vor allem informieren.»

Mehr Verständnis in der Romandie

Kandidierende aus der Romandie und dem Tessin teilen unsere Forderungen etwas stärker als die Deutschschweizer. Weil staatliche Massnahmen im Gesundheitswesen der lateinischen Schweiz mehr Bedeutung haben als in der Deutschschweiz, überrascht das nicht. Ein Drittel der Befragten nutzte zudem die Gelegenheit, Kommentare anzufügen. Diese widerspiegeln eine gute Meinung von den Heimen. Die Parlamentskandidaten sind sich bewusst, welch anforderungsreiche Arbeit dort geleistet wird. Viele sehen die Zukunft der Alters- und Pflegeheime in integrierten Lösungen: Heime, die mit anderen Pflegedienstleistern zusammenarbeiten und Strukturen wie betreutes Wohnen oder Kurzaufenthalte ausbauen. Erwähnung findet auch die Gefahr eines Pflegepersonalmangels. Und die Forderung, dass die Kosten der Institutionen unter Kontrolle bleiben müssen, wobei die Kantone bei der Finanzierung ihren Teil der Verantwortung zu tragen hätten. ●

Übersetzung aus dem Französischen: Translation-Probst AG.